

Abonnementpreis: pro Quartal 1 Thlr. 7 1/2 Sgr. in der Expedition, und 1 Thlr. 16 Sgr. durch die Post bezogen incl. Postgebühren. Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bugleich Organ für Bergbau und Hüttenbetrieb, Industrie und Verkehr.

Nebst Beiblatt „Glück auf“, das Samstags ausgegeben wird.

Besonderes Abonnement auf die Offener Zeitung für die Monate **Mai und Juni** in der Expedition 26 1/2 Sgr., für Auswärtige 1 Thlr. 3 1/2 Sgr. gegen Posteingahlung, an die Expedition der Offener Zeitung, mit Angabe des Namens und Wohnortes der Postamtsbesorgung; eine briefliche Mitteilung ist weiter erforderlich.

Gestern (29.) Abends ist ein **Extrablatt** ausgegeben worden, das die geehrten Leser erhalten haben werden.

Eröffnung des Landtags.

O. C. Berlin, 29. April. Heute Mittag 1 Uhr fand die Eröffnung der außerordentlichen Session des Preussischen Landtags im Weihen Saale des Königl. Schlosses durch Se. Majestät den König statt. In den Diplomatensal, die mächtigsten waren, wurde u. A. der russische Gesandte v. Dubril bemerkt, der Hofe blieb leer. Die Versammlung im Saale bot, wie immer, ein glänzendes Schauspiel dar, zu dessen Glanz die Mitglieder des Herrenhauses wesentlich beitrugen. Von den Abgeordneten wurden v. Dunder, Lünig, Vastier, Richter, Simson, beide Binde, v. Schell und Dr. Wilschke bemerkt. Um 1 Uhr traten die Mitglieder des Staatsministeriums in großer Uniform ein, Graf Bischoff in der eines Kavallerie-Generals. Beim Eintritt des Königs in den Saal brachte der Präsident des Herrenhauses Graf zu Stolberg das Hoch aus, das die Versammlung dreimal wiederholte. Se. Majestät der König verlas die Thronrede, die ihm der Ministerpräsident überreichte, wie immer mit weithin tönender Stimme und an der Stelle, welche die Beziehungen zu den Süddeutschen Staaten betrifft, von der Zustimmung der Versammlung, ferner an der Stelle, welche von der Erhaltung des Friedens spricht, von ihrem Entschluß unterbrochen, der sich nach dem Schluß der Thronrede erneuerte. Die Rede lautet:

Aus den Beratungen des Reichstages, zu welchem das Preussische Volk auf Grund des von Ihnen genehmigten Gesetzes seine Vertreter entsandt hat, ist eine Verfassungs-Urkunde des Norddeutschen Bundes hervorgegangen, durch welche die einheitliche und lebensfähige Entwicklung der Nation gesichert erscheint. Ich habe Sie zu Meinen Thron verammelt, um diese Verfassung Ihrer Bewilligung zu unterbreiten.

Das Werk nationaler Einigung, welches die Staats-Regierung Ihrer Mitwirkung begonnen hat, soll jetzt durch Ihre Zustimmung seinen Abschluß finden.

Auf dieser Grundlage wird der Schutz des Bundesgebietes, die Lage des gemeinsamen Reiches und der Wohlfahrt des Volkes fortan in der gesamten Bevölkerung Norddeutschlands und von deren Regierungen in fester Gemeinschaft wahrgenommen werden.

Durch die Einführung der Bundesverfassung werden die Befugnisse der Vertretungen der Einzelstaaten auf allen denjenigen Gebieten, welche hinfür der gemeinsamen Entwicklung unterliegen sollen, unvermeidlich einschränken erfahren. Das Volk selbst aber wird auf seine früheren Rechte zu verzichten haben; es trägt die Wahrnehmung derselben nur seinen Vertretern in dem erweiterten Gemeinwesen. Die Zustimmung der freigewählten Vertreter des gemeinsamen Reiches wird auch im Norddeutschen Bunde zu dem Gesetze erforderlich sein. Durch die Bundesverfassung ist in den Beziehungen der Einzelstaaten zu Gunsten der neuen Verfassung die einzelnen Landesvertretungen zu Gunsten der neuen Verfassung zu verzichten haben, in demselben Umfange der Landesvertretung übertragen werden. Die sichere Begründung nationaler Selbstständigkeit, Macht und Wohlfahrt soll mit der Entwicklung Deutschen Reiches und verfassungsmäßiger Institutionen Hand in Hand gehen.

Meine Regierung gibt sich der Zuversicht hin, daß die beiden Häuser des Landtages in richtiger Würdigung des dringenden nationalen Bedürfnisses zur schließlichen Entscheidung der vorliegenden Aufgabe bereitwillig die Hand bieten werden.

Meine Herren! Der neu errichtete Bund umfaßt zunächst nur Staaten Norddeutschlands; aber eine innige nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den Süddeutschen Staaten vereinigen. Die festen Beziehungen, welche Meine Regierung bereits im Herbst vorigen Jahres zu Schutz und Trutz mit diesen Staaten geschlossen hat, werden durch besondere Verträge auf die erweiterte Norddeutsche Gemeinschaft zu übertragen sein.

Das lebendige Bewußtsein der Süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren Deutscher Zersplittertheit, das Bewußtsein einer festen nationalen Vereinigung, welches in ganz Deutschland immer entschiedener Ausdruck findet, wird die Lösung jener gemeinsamen Aufgabe beschleunigen helfen.

Die geeinte Kraft der Nation wird berufen und befähigt sein, Deutschland die Segnungen des Friedens und einen wirksamen Schutz seiner Rechte und seiner Interessen zu verbürgen.

In diesem Vertrauen wird Meine Regierung sich angeschlossen sein, jeder Störung des Europäischen Friedens durch alle Mittel zuzuhelfen, welche mit der Ehre und den Interessen des Vaterlandes verträglich sind.

Das Deutsche Volk aber, stark durch seine Einheit, wird gegen die Gefahren der Zukunft entgegenstehen können, wenn Sie, meine Herren, mit dem Patriotismus, der sich in Preußen in ersten Stunden stets bewährt hat, das große Werk der nationalen Einigung vollenden helfen.

Alsdann erklärte der Ministerpräsident die Sitzung des Landtags für eröffnet und unter dem dreimal wiederholten Hoch, das der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Jordan, ausbrachte, entfernte sich der König mit freundlichem, allseitigem Gruß. Von hier aus begaben sich die Mitglieder beider Häuser nach den ihre Sitzungen angewiesenen Lokalitäten, die Abgeordneten nach dem Saal im Abgeordnetenhaus, die vorgewählten Deputierten in den Saal des Schauspielhauses, den kein älterer Berichterstatter betreten kann, ohne sich der hier tagenden Nationalversammlung zu unterwerfen. Die Einrichtungen sind ungefähr dieselben wie damals, als die Versammlung im Jahre 1848 stattfand, nur daß der Saal, der dem Reichstag gewidmet ist, ein bescheidenes Verammlungs- und Ausschusszimmer ist, das durch Vorhänge vom Sitzungssaal getrennt ist und erleuchtet werden muß, der Präsident hat ein kleines Zimmer.

Präsident und Bänke, in denen nach der Handordnung des Königl. Theaters nicht geräumt werden darf, sind überaus schmal zugemeßen, und auch die Berichterstattung muß sich nach der Decke strecken und auf Arbeitstische verlagern, die kaum für das stenographische Bureau herzustellen waren. Aber wenn sie auch nicht verwöhnt ist, so hat sich doch der Umfang ihrer Arbeitskräfte und der Anspruch an ihre Leistungen seit 1848 so erweitert, daß sie unmöglich mit zehn Sitzplätzen, von denen aus kein Redner zu sehen ist, auskommen kann. Wir sind überzeugt, daß diesem Uebelstande nach Konstituierung des Hauses abgeholfen werden wird. Die Akustik des Saales ist als überaus günstig bekannt. Ueber dem Tische des Staatsministeriums befindet sich Handels Bänke, hinter dem Präsidium eine leere Nische, unter der der Name Negerbeers in goldener Schrift steht.

Landtags-Verhandlungen.

1. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 2 1/2 Uhr. Auf den Tribünen 5 Personen, am Ministerisch niemand, die Bänke des Hauses sehr schwach besetzt.

Graf v. Stolberg zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung und ersucht die 4 jüngsten Mitglieder des Hauses, das Amt der Schriftführer bis nach erfolgter Wahl zu übernehmen. Dies geschieht, die Namen der betreffenden 4 Herren werden jedoch nicht genannt. — Durch nachträgliche Ermächtigung ersuchen wir, daß diese provisorischen Schriftführer die Herren: Graf v. Bartenburg, Graf v. Garmar, Herr v. Putbus, Herr v. Salm-Horstmar. Nachdem die Namen der Entschädigten verlesen worden, die eine nicht geringe Anzahl bilden, wird die Anzahl der Anwesenden durch Namensaufruf konstatiert. Es ergibt sich, daß 76 Personen anwesend sind. — Das Haus ist somit beschlußfähig und schließt sich der Wahl des 1. Präsidenten. — Während des Wahlaktes übernimmt Herr v. Brandenberg-Ludwigsdorf den Vorsitz. — Das Resultat der Wahl ist folgendes: Abgegeben wurden 79 Stimmen; davon erhielten Graf v. Stolberg-Bernigerode 74, Herzog v. Mecklenburg 2, v. Brandenberg-Ludwigsdorf 2, Prinz v. Hohenlohe 1 Stimme.

Herr v. Brandenberg-Ludwigsdorf proklamiert den Grafen v. Stolberg zu Stolberg-Bernigerode als ersten Präsidenten und ersucht ihn, den Präsidentenstuhl einzunehmen.

Graf v. Stolberg übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl des hohen Hauses mit großem Danke an und werde mich bemühen, die Wünsche in geeigneter Weise zu führen. Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Abgegeben werden 79 Stimmen, davon erhalten Herr v. Brandenberg-Ludwigsdorf 70, Herzog v. Mecklenburg 3 Stimmen.

Herr v. Brandenberg-Ludwigsdorf: Da ich heute in mein 83. Lebensjahr eingetreten bin, betrachte ich die mir durch diese Wahl zu Theil gewordene Auszeichnung als ein zufälliges und schönes Geburtstags-Geschenk, und nehme die Wahl mit großem Danke an. (Allseitiger Ruf: Wir gratuliren.)

Präsident Graf v. Stolberg: Ich glaube, Ihrem Wunsch nachzukommen, wenn ich Sie bitte, zur Gratulation für Ihren alten Präsidenten sich zu erheben. (Das Haus erhebt sich; v. Brandenberg-Ludwigsdorf verneigt sich dankend.)

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Abgegeben werden 78 Stimmen; davon erhalten Graf v. Mecklenburg 66, Herzog v. Mecklenburg 2, Graf v. Stolberg 1 Stimme; 3 waren unglücklich. — Graf v. Mecklenburg ist somit gewählt und nimmt die Wahl dankend an.

Darauf erfolgte die Wahl von 8 Schriftführern; das Resultat soll nach der Sitzung festgestellt werden.

Der Präsident ersucht Herrn v. Rabe, das Amt eines Quästors wieder zu übernehmen. — Derselbe erklärt sich bereit dazu.

Der Präsident ersucht die Abtheilungen, morgen früh 11 Uhr zur Konstituierung zusammenzutreten und dann sofort die Wahl einer Reichs-Verordnungs-Kommission vorzunehmen. Von der Wahl der übrigen Kommissionen glaube er zur Zeit absehen zu können, weil dergleichen Wünsche noch nicht vorliegen würden.

Graf v. Stolberg: Ich begrüße die Anordnung des Herrn Präsidenten um so freudiger, als ich beabsichtige, der Reichs-Verordnungs-Kommission einen Antrag vorzulegen, betreffend die Zulassung der Vorberatung im Hause, welche sich in der letzten Zeit so außerordentlich bewährt hat. Ich möchte außerdem aber noch anheimstellen, ob es nicht wünschenswerth wäre, noch eine Petitions-Kommission zu wählen.

Herr v. Rabe: Ich widerspreche dem letzten Wunsch; wenn es nöthig wäre, könne man dies später thun.

Graf v. Stolberg nimmt in Folge dessen seinen Wunsch zurück.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die 1. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

beginnt um 2 Uhr. Abg. v. Jordan erklärt das Präsidentenamt einzunehmen und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Nach der Zustimmung der Reichs-Verordnung habe ich als letzter Präsident des Hauses vorläufig das Präsidium zu verwalten. Ich eröffne also hiermit die erste Sitzung der außerordentlichen Session des Jahres 1867, und fordere Sie auf, unter Gehör zum Theil des Vaterlandes mit dem alten Ruf der Treue und Ehrerbietung zu beginnen: Seine Majestät der König lebe hoch!

Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal in den Ruf ein.

Der Präsident fordert die vier jüngsten Mitglieder des Hauses (darunter die Abg. Laug und Haubitz) zur provisorischen Übernahme des Schriftführer-Amtes auf. Dies geschieht. Es folgt die Verlesung der Mitglieder in die Abtheilungen. Angemeldet sind bis jetzt 200 Abgeordnete. Der Präsident fordert diejenigen Mitglieder, die die Anmeldung bisher unterlassen, auf, dies noch zu thun. Nachdem die Verlesung vollendet ist, wird auf morgen Vormittag 9 Uhr eine Verammlung der Abtheilungen im Hause auf dem Donhof-Platz behufs ihrer Konstituierung und um 10 Uhr eine Plenarsitzung angesetzt. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Telegramm der Offener Zeitung.

Paris, 30. April. Der heutige Moniteur sagt, in Hinsicht auf die Besorgnisse wegen der luxemburger Frage seien die bisherigen Rüstungen nothwendig gewesen, weil die Armee durch die Reduktionen nicht mehr einen genügenden Normal-Effektivbestand gehabt habe. Die neuesten Friedensnachrichten, fährt dann das Amtliche Blatt fort, bestimmen den Kaiser, die Rüstungsmaßregeln einzustellen, und den Friedenshoffnungen nicht zu widersprechen, die Pferdeeinkäufe sollen auf das Nothwendigste beschränkt werden, die einberufenen Umlauber werden in ihrer Heimath bleiben.

Amtliches.

Der Staatsminister veröffentlicht die Conventions- und Bestätigungs-Urkunde für die Märkisch-Posenische Eisenbahn-Gesellschaft und einen Allerhöchsten Erlass vom 1. April 1867 — betreffend die Einführung verschiedener Vorschriften des preussischen Rechts über die Rechtsverhältnisse der Militärpersonen in den durch das Gesetz vom 20. September 1866 und das Gesetz vom 24. Dezember 1866 mit der preussischen Monarchie vereinigten Landesheilen.

Berlin, 29. April. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Das Zustandekommen einer Konferenz, um auf dieselben die luxembur-

gische Frage zum Gegenstande der Erörterung zu machen, ist jetzt als gesichert zu betrachten, da die beteiligten und die neutralen Regierungen sich mit der Beischickung der Konferenz einverstanden erklärt haben. Ein Programm für die Verhandlungen scheint noch nicht festgesetzt zu sein. — Dasselbe Blatt konstatirt ferner, daß, während in Preußen jede vorbereitende Thätigkeit in militärischer Beziehung unterbrochen ist, in Frankreich die Rüstungen fortauern. Briefe aus Metz und Thionville, deren Correspondenten wir mit Recht Vertrauen schenken dürfen, sprechen nicht nur von den Vertheidigungsanstalten, welche man dort trifft, sondern auch von Belagerungsgegeschützen, die dort hingeschafft werden, Anstalten, welche also auf eine aggressive Aktion deuten. Aus Marseille erfahren wir, daß seit vierzehn Tagen Truppentransporte aus Algerien eintreffen, die nach dem Norden gehen, und aus Toulon schreibt man uns, daß dort eine unermüdete Thätigkeit herrsche, namentlich Kanonenboote in Stand gesetzt werden, von denen sich alle Welt erzählt, daß sie dazu bestimmt seien, auf dem Rhein verwendet zu werden.

Wozu dieser Kriegslärm, wenn es, wie wir haben kein Recht daran zu zweifeln, der französischen Regierung mit ihren friedlichen Absichten ernst ist. Eine Konferenz, deren Beschlüsse unter dem Varm kriegerischer Vorbereitungen gefaßt werden, hat einen doppelten schwächenden Stand, da sie einmal ihre Aufgabe ad hoc lösen und gleichzeitig den Leidenshaften Halt gebieten soll.

Der König der Belgier ist am Sonnabend Abend nach Brüssel abgereist. Bei der Abreise waren der Thätigkeit der Belgischen Regierung, der Kommandant, der Polizeipräsident, das Belgische Gesandtschaftspersonal und die zur Dienstleistung kommandirt gewesenen Offiziere zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe anwesend. Der Kronprinz und die Kronprinzessin begleiteten den Königlich belgischen Gast bis zur Wildpark-Station bei Petzdam.

St. Maj. V. B. „Muskito“ ist am 26. d. M. und St. Maj. V. B. „Kover“ am 27. d. M. in Portsmouth angekommen.

Nach dem Verwaltungsberichte über die Thätigkeit der „National-Dank“ im Jahre 1866 befaßten neben der Sitzung, aber unter ihrer Leitung gestellt, 42 Spezial- und 32 sogenannte Regiments-Entscheidungen. Es erhielten 18,559 Veteranen theils lebenslanglich fortlaufende, theils einmalige Unterhaltungen. Die Gesamtsumme aller Unterhaltungen belief sich auf 85,405 Thlr. Die höchste Summe von Unterhaltungen wurde im Regimentsbezirk Breslau gezahlt.

Breslau, 27. April. Von Seiten des Breslauer Wahlvereins wird dem Landtags-Abgeordneten für Breslau, Präsidenten v. Kirchmann folgende Adresse durch den zeitigen Vorortigen des Wahlvereins, Herrn Kaufmann Vahm, der sich ebenfalls als Abgeordneter nach Berlin begibt, morgen überreicht werden.

Hochgeehrter Herr! Durch Urtheil des Obertribunals sind Sie aus dem Staatsdienst entlassen worden. Gestatten Sie uns, Ihnen unsere innigste Theilnahme und zugleich unser Vertrauen auszulegen, welches wir Ihnen, dem Vertreter der Hauptstadt Schlesien, mehrfach bewiesen haben, und auch, wie wir hoffen, in Zukunft zu beweisen in der Lage sein werden. Dem Staatsdienst entzogen, sind Sie, hochgeehrter Herr, in höchstem Grade dem Dienst des Volkes gewonnen worden.

(Folgen die Unterschriften.)

Die Widmung lautet: Unserem Abgeordneten Herrn v. Kirchmann zum Zeichen unserer unveränderlichen Hochachtung und Ergebenheit.

Aus dem Herzogthum Lauenburg, 28. April. Mögen andere kleine Staaten anders darüber denken und unzufrieden sein über ihre Vereinigung mit dem Königreich Preußen, — hier im Herzogthum Lauenburg ist man nach langem und reiflichem Ueberlegen zu der Ueberzeugung gekommen, daß, ungeachtet unserer Selbstständigkeit garantirt ist, ungeachtet die günstige Finanzlage unseres Herzogthums von unsern Nachbarn ringsum benedict wird — (weil wir Hölle, Steuern und Abgaben fast nur dem Namen nach kennen), — daß demungeachtet ein ferneres Fortbestehen unseres Sonderstaates nur von Uebel sein kann, und daß unsere geistigen und materiellen Interessen ein baldiges Einverleiben und Aufgehen in den mächtigen Staat Preußen erheischen. Waren schon die im Lande während der letzten Monate abgehaltenen Versammlungen von dieser Ansicht mehr oder weniger eingenommen, so brach sich in der gestrigen Landes-Versammlung diese Einsicht vollends Bahn, und werden nun in den nächsten Tagen Petitionen des gesammten Bürger- und Bauernstandes um Einverleibung des Herzogthums in den Gesamtstaat Preußen unter gerechter Berücksichtigung unserer bisherigen günstigen finanziellen Lage und der billigen Wünsche des Landes direkt an Se. Majestät König Wilhelm von Preußen nach Berlin abgehen.

Hannover, 28. April. Die, irren wir nicht, zuerst von der Nordd. Allg. Ztg. gebrachte Nachricht von den Bestrebungen einiger Hannoverscher Junker, ein Freicorps für die etwaige Belämpfung Preußens auf der Seite Frankreichs anzuwerben, gilt hier für eine Fabel.

Einige zum Hof der Königin Marie gehörende Herren wurden verhaftet, als sie zur Marienburg sich begeben wollten, jedoch bald wieder in Freiheit gesetzt.

Die im vorigen Herbst unterbrochenen Vermessungen der Weser- und Elbmündungen durch Preussische Kriegsschiffe werden in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Wie der Grz. hört, sind dazu die Schiffe „Vasili“, „Lütz“, „Corvet“, und „Königin Marie“ bestimmt. Dieselben werden in Oesteründe stationirt sein.

Hannover, 28. April. Zum Direktor der Polizei in der Stadt Hannover ist der Polizeirath Häbler, zur Zeit in Danzig, bestellt worden. Derselbe tritt schon dieser Tage sein neues Amt an.

Frankfurt, 28. April. Der Geschäftsträger des National-Vereins, Herr L. Nagel, hat ein Rundschreiben an die Agenten des Vereins erlassen, in welchem er über die kürzlich in Berlin stattgehabte Versammlung des Ausschusses berichtet. Wir haben daraus den Passus hervor, welcher die inneren Angelegenheiten des Vereins betrifft: ...

In Betreff der inneren Vereinsangelegenheiten war die überwiegende Meinung die, daß der Augenblick, um entscheidende Beschlüsse zu fassen, auch jetzt noch nicht gekommen, und deshalb denn auch mit Verweisung der Generalversammlung besser noch etwas zuwarten sei. Aus dem Verlauf der Reichstagsverhandlungen hat sich ein bestimmtes klares Resultat für unsern Parteileben nicht entwickelt: keine Neubildung, aber auch keine Kräftigung und Aufrechterhaltung des alten Zusammenhangs. Von einzelnen, namentlich Preussischen Kreisen unserer Vereinigenossen scheint jedoch, wie ich aus mehreren mir zugekommenen Briefen schließen muß, der Dissens der Auffassungen, welcher im Reichstag unter den Unfrigen hier und dort zu Tage getreten ist, ziemlich überschätzt zu werden. Derselbe bezog sich doch immer nur auf die nächsten Wege, nirgend auf das Ziel selbst; keine zwei Meinungen bestanden darüber, daß ein möglichst allgemeines Maß freierthlicher Rechte für die Bundesverfassung anzustreben sei, nur über die Grenzen dieser Möglichkeit gingen die Ansichten zuweilen auseinander. Die Einen glaubten mehr durch Festhalten, die Andern mehr durch Vergleich zu erlangen; aber das Einheitswerk durch Beharren auf unerröckbaren Ansprüchen scheitern machen, wollten die Einen so wenig, als die Andern sich herbeilassen, irgend einen Anspruch aufzugeben, den sie überhaupt für erreichbar, oder irgend einen Verzicht zu leisten, den sie nicht für das Erlangen des Werkes unerlässlich hielten. Daß in der Folge der Meinungsverschiedenheit über rein tathische Fragen hin und wieder

